Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 52 (1972-1973)
Heft: 5

Buchbesprechung: Das Buch
Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Buch

GESCHICHTE DER SOWJETISCHEN AUSSENPOLITIK

Fragwürdiges Standardwerk

Wenn im Sowjetblock während der Stalin-Ära Literatur über kommunistische Aussenpolitik gesucht werden musste, hatten die Bibliothekare eine leichte Aufgabe! Ausser einzelnen unbedeutenden Propagandaschriften existierte nur ein einziges Werk über dieses vielseitige Thema – die unter der Redaktion von Akademiemitglied Professor W. P. Potjemkin verfasste dreibändige «Geschichte der Diplomatie», deren dritter Band auf beinahe tausend Seiten der Epoche von 1918 bis 1939 gewidmet war. Dieses Mammutwerk wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in verschiedene osteuropäische Sprachen übersetzt und an den Universitäten und Akademien von Ostberlin bis Tirana zur Pflichtlektüre über sowjetische Aussenpolitik und Diplomatie erhoben.

Gegen Ende der fünfziger Jahre wurden in der Sowjetunion auch auf diesem Gebiet erwähnenswerte Neuerungen angestrebt. Man veröffentlichte nicht nur einzelne Archivpublikationen über sowjetische Aussenpolitik der frühen zwanziger Jahre, sondern bemühte sich, ein eigentliches Standardwerk über die «*Geschichte der sowjetischen Aussenpolitik 1917–1970*» zu schaffen, das, so lesen wir in der Einführung, als richtunggebend auf dem Gebiet der sowjetischen Diplomatiegeschichte gelten sollte. Das zweibändige Werk wurde anfangs 1971 in Moskau veröffentlicht und erschien gleichzeitig in einer deutschen Übersetzung in Ost-Berlin. Der erste Band, der den Ereignissen zwischen 1917 und 1945 gewidmet ist, wurde früher in den «Schweizer Monatsheften» (Nr. 2/1970) besprochen. Der *zweite Band* der «Geschichte der sowjetischen Aussenpolitik» beschäftigt sich mit der Nachkriegszeit und schliesst die Untersuchungen mit den Weltereignissen von 1969/70 ab[1].

Er wurde redaktionell betreut von B. N. Ponomarew, von A. A. Gromyko (identisch mit dem langjährigen Aussenminister der UdSSR) und von V. M. Chwostow, der bereits bei der oben genannten «Geschichte der Diplomatie» mitgearbeitet hatte. Unter den Verfassern des Bandes ragt V. M. Falin hervor, der in Moskau als bester Kenner der deutschen Geschichte gilt und seit einem Jahr als Botschafter seines Landes in der Bundesrepublik Deutschland amtiert. Der Historiker A. M. Nekritsch, der wegen seiner mutigen Stellungnahme gegen Stalin vor einigen Jahren gemassregelt und aus der sowjetischen Metropole verbannt worden war, ist in diesem Band nicht mehr vertreten.

Siebzehn Kapitel wollen einen detaillierten Überblick über 25 Jahre sowjetische Nachkriegsdiplomatie vermitteln. Schon bald muss man jedoch feststellen, dass der Band von einer einigermassen objektiven Untersuchung weit entfernt ist. Sprache und Ausdrucksweise sind der osteuropäischen kommunistischen Phraseologie angepasst. Unter dem Begriff «Demokratie» versteht man in Moskau etwas völlig anderes als

im Westen. So heisst es zum Beispiel bei der Behandlung der Friedensverträge mit den ehemals zur Achse gehörenden Staaten wörtlich: «Die demokratischen und antifaschistischen Bestimmungen der Friedensverträge wurden konsequent in denjenigen Staaten erfüllt, in denen die neue volksdemokratische Ordnung errichtet wurde» (S. 55). Von freien Wahlen, von Wahrung der elementaren Menschenrechte gegenüber fremder militärischer Besatzung fällt kein Wort. Bei der Territorialfrage werden zwar das Schicksal der italienischen Kolonien und die damit zusammenhängenden britischen und französischen Vorschläge ausgiebig behandelt – dagegen wiederum keine Silbe verloren über Moskaus territoriale Ausdehnung in Richtung Westen, was bekanntlich auf Kosten Rumäniens (Bessarabien, Bukovina), der Tschechoslowakei (Karpato-Ukraine), Polens und Deutschlands (Königsberg, Teile von Ostpreussen) geschah.

Diese Einseitigkeit, gepaart mit nichtssagenden politischen Slogans, zieht sich als roter Faden durch das ganze Buch. Laut diesem war die Stalin-Zeit im Osten von einer «friedlichen Aufbauarbeit» gekennzeichnet, während im Westen die «anglo-amerikanischen Imperialisten» gemeinsam mit den nach Revanche dürstenden Westdeutschen sich zu einem neuen Krieg gegen die Sowjetunion rüsteten. Dementsprechend ist das 7. Kapitel des Werks Themen gewidmet wie «Zwei Programme in der internationalen Politik: das Programm des Krieges und das Programm des Friedens».

Man ist zweifellos neugierig: auf welche Weise interpretieren namhafte Autoren kritische Phasen innerhalb der internationalen Politik der letzten 25 Jahre wie den Ausbruch des Krieges in Korea, den Berlin-Aufstand, die Revolution in Ungarn und das karibische Abenteuer N. S. Chruschtschows, von den Ereignissen in Asien und Afrika gar nicht zu sprechen! Das Resultat ist für den westlichen Leser enttäuschend: Anstelle einer wissenschaftlichen Analyse der Tatsachen und einer einigermassen kritischen Schilderung der Vorkommnisse wird man mit Verdrehungen wohlbekannter Fakten, Halbwahrheiten und Verleumdungen, die jeglichen Kerns von Wahrheit entbehren, konfrontiert. Das Niveau des zweiten Bandes liegt daher sichtlich unter demjenigen des ersten, in dem noch die Liberalisierungstendenzen N. S. Chruschtschows einigermassen spürbar waren. So ist der Band «Geschichte der sowjetischen Aussenpolitik 1945 bis 1970», dem vom Verlag und den Autoren der Wert eines Standardwerkes zugeschrieben wird, kaum mehr als eine subjektive, kämpferische Propagandaschrift, der ein wissenschaftlicher Rang abgesprochen werden muss. Eigentlich schade: das Thema hätte eine bessere Bearbeitung verdient!

Memoiren als Spiegelbild und Korrektur

Memoiren aus den Federn ehemaliger sowjetischer Diplomaten erweisen sich oft als aufschlussreiche Quellen. In letzter Zeit finden wir derartige Bücher auch in den Moskauer Verlagsverzeichnissen. Eine der neuesten Veröffentlichungen auf diesem Gebiet sind die 1971 publizierten Erinnerungen von *Walentin Bereshkow*[2]. Der Autor war kaum 24 Jahre alt, als er im Herbst 1943 an der Konferenz von Teheran

teilnehmen konnte. Er wirkte dort als persönlicher Dolmetscher von J. W. Stalin. Schon vorher hatte Bereshkow internationalen Konferenzen beigewohnt: Er hatte die Gespräche zwischen Molotow, Hitler und Ribbentrop in Berlin übersetzt und war vom Dezember 1940 bis zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion Erster Sekretär der sowjetischen Botschaft in Berlin gewesen. Sein vorliegendes Buch befasst sich ausschliesslich mit dem Konferenzverlauf von Teheran – jenem Gipfeltreffen, das sich so entscheidend auf die spätere Entwicklung des Krieges, insbesondere auf die Nachkriegsgestaltung Osteuropas, auswirkte.

Bereshkow erinnert sich in diesem Zusammenhang an seine erste Begegnung mit J. W. Stalin vom September 1941 in Moskau. Die deutsche Wehrmacht verzeichnete damals riesige Fortschritte; die Kriegslage war für die Russen äusserst kritisch. Bereshkow wurde in den Kreml bestellt, um zwischen dem sowjetischen Diktator und Lord Beaverbrook zu dolmetschen. «Als ich ihn sah», schreibt er, «gab es mir innerlich einen Stoss. Stalin war ganz anders, als ich ihn mir vorgestellt hatte. Er war kaum mittelgross und mager, das von Pockennarben durchfurchte Gesicht erschien erdgrau und müde. Damals trug er weder die Marschalluniform noch goldene Schulterstücke noch die Heldensterne in Gold. Der Kittel von militärischem Schnitt hing an seiner dürren Gestalt herab. Es fiel sofort auf, dass ein Arm kürzer war als der andere: fast die ganze Hand des kürzeren Armes blieb im Ärmel versteckt... Die schwere Bürde der Verantwortung und der Misserfolge hatten Stalins Erscheinung zweifellos ihren Stempel aufgedrückt» (S.28). Und 1943? Hier steht ein strahlender Stalin vor Bereshkow, der gut aufgelegt, manchmal zu Witzen bereit, jedoch stahlhart und unerbittlich ist, wenn es um die Interessen der Sowjetunion geht.

Über die Konferenz berichtet der Autor aus streng sowjetischer Perspektive: Was die Russen unternehmen, ist kritiklos gut, während Churchill – der mit Vorliebe in Gestalt eines «Bösewichtes» vorgestellt wird – ständig hemmend auf die Beratungen wirkt. Der Autor möchte seine Leser überzeugen, dass die führende Kraft und der unerbittlichste Gegner des Hitler-Regimes ausschliesslich und von Anfang an die Sowjetunion war. Hämische Bemerkungen an die Adresse der Briten und wohlwollendes Augenzwinkern für Roosevelt – so schildert uns Bereshkow den Ablauf der historischen Konferenz. Die Territorialansprüche der Russen, die sie hauptsächlich auf Kosten der Polen geltend machten, werden breit besprochen. Daneben finden der Streit um die Kriegsverbrecherfrage und die verschiedenen angloamerikanischen Teilungspläne für Deutschland scharfe Kritik beim Teheraner Dolmetscher, dessen Buch als eine interessante, wenn auch einseitige Ergänzung zum Themenkreis «Teheran 1943» gelten dürfte.

Unlängst veröffentlichte der einstige Aussenminister der ungarischen Volksrepublik, *Endre Sik*, seine Memoiren[3]. Der Altbolschewik und ehemalige kriegsgefangene Offizier des Ersten Weltkrieges kehrte 1945 aus der Moskauer Emigration zurück und wurde von seinen Genossen sofort für den diplomatischen Dienst verpflichtet. Sein Buch trägt den Titel «Die Jahre am Bem-Kai»: Dort, am Donauufer gegenüber dem Parlamentsgebäude befindet

sich das ungarische Aussenministerium. Sik erzählt sehr lebendig über die Koalitionsjahre in Ungarn (1945–1948), über seine verschiedenen Auslandsmissionen in der Zeit des «Kalten Krieges» und formuliert – was im heutigen Ungarn eine Seltenheit ist – einige seiner Erinnerungen an die Jahre des «Personenkultes», die von Terror und Furcht gekennzeichnet waren. Er verschweigt auch nicht das mehr als gespannte jugoslawisch-ungarische Verhältnis der Jahre 1949–1953, wo man beispielsweise die diplomatischen Protestnoten von eigens zu diesem Zweck engagierten kräftigen Burschen in die jugoslawische Botschaft übergeben liess, da die Jugoslawen sich sonst weigerten, jene anzunehmen. – Die ungarische Revolution von 1956 erlebte Sik in Budapest. Er war damals Stellvertreter des Aussenministers und wurde, nachdem Kádár seine Regierung gebildet hatte, nach New York entsandt, um dort im Sinne der neuen Herren von Budapest vor den Vereinten Nationen den Standpunkt der «revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung» (Kádárs Gruppe) zu verteidigen. «In New York hatte ich noch aus meiner dreijährigen Amtszeit als Botschafter in Washington viele Freunde: Landsleute und Amerikaner. Ich war neugierig, ob sie sich mit mir, in Anbetracht der Lage, treffen würden», schreibt er und gibt nicht ohne Bitterkeit zu, dass keiner von seinen ehemaligen Freunden und Bekannten – «obwohl von ihnen mancher eine fortschrittliche Gesinnung vertrat» – gewillt war, mit ihm, dem «Abgesandten von Kádár», zu sprechen (S. 169ff.).

Endre Sik beschliesst seine politischen Erinnerungen mit dem Jahr 1961, als er in den Ruhestand trat. Als Präsident des Ungarischen Friedensrates bereiste er in den nachfolgenden Jahren verschiedene afrikanische Länder, worüber er im abschliessenden Kapitel seines Buchs mit viel Farbe ausführlich berichtet.

Ungarische Optik

Eine ganz andere Art von diplomatischer Geschichte ist das Buch des ungarischen aussenpolitischen Journalisten *István Kende*[4]. Er konzentriert sich auf das Thema «Heisser Friede – Kalter Krieg» (so der deutsche Titel) und setzt sich mit den Geschehnissen der internationalen Politik zwischen 1945 und 1956 auseinander. Dabei geht er, wie er bereits im Vorwort präzisiert, davon aus, dass seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zwei antagonistische Lager – das «sozialistische» und dasjenige der «westlichen Imperialisten» – existieren; deren Kräfteverhältnis und gegenseitige Spannungen nimmt sich Kende zum Thema. Da er die Schilderung der Geschehnisse mit 1956 abschliesst (weshalb er dieses Jahr als Meilenstein betrachtet, wissen wir nicht), muss er sich mit den Chinesen und ihrem Erscheinen als «dritter Weltmacht» in der internationalen Politik nicht mehr auseinandersetzen.

Das Buch gliedert sich in fünf Teile, deren Titel bereits den Standort des Autors widerspiegeln: «Das gegenseitige Verhältnis der antifaschistischen Verbündeten in der unmittelbaren Nachkriegszeit» (erster Teil); «Die zwei gegnerischen Lager nehmen Gestalt an – Die Fronten des Kalten Krieges organisieren sich» (zweiter Teil). Mit der Zeit zwischen 1945 und 1949 beschäftigt sich der dritte Teil: «Der neue Abschnitt der Auflösung der Kolonialsysteme – Die Entstehung der sozialisti-

schen Lager in Asien». Im vierten Teil «Der Kalte Krieg nimmt Formen an» behandelt Kende die Entstehung der NATO, Deutschlands vollständige Teilung, Amerikas Separat-Friedensvertrag mit Japan und die Vorbereitungen für den Einbezug der Bundesrepublik Deutschland in die imperialistische Integration. Bei der Darstellung des Koreakriegs lässt der Autor interessanterweise die Frage offen, wer für die Auslösung des Kriegs verantwortlich war, was angesichts der Kriterien kommunistischer Geschichtswissenschaft einem Eingeständnis gleichkommt. Der fünfte Teil des Buches ist den Ereignissen nach Stalins Tod gewidmet und schliesst mit der Schilderung der sogenannten Eisenhower Doktrin vom 5. Januar 1957.

Ein interessantes Unterfangen wäre es, einzelne Abschnitte und Ausführungen der ungarischen diplomatischen Geschichte mit derjenigen der sowjetischen zu vergleichen. Obwohl István Kende, der beim Parteiorgan «Népszabadság» arbeitet, selbst ein engagierter Kommunist ist, schildert er die Weltpolitik von 1945 bis 1956 viel differenzierter und objektiver als seine Kollegen in Moskau. So behandelt er beispielsweise die ungarischen Ereignisse vom Herbst 1956 in ihren Details anders und vermeidet – im Gegensatz zum erwähnten sowjetischen Werk[1] – nach Möglichkeit die Schwarz-Weiss-Malerei. Das Endergebnis steht selbstverständlich auch bei Kende fest: es war eine Konterrevolution mit dem Ziel, in Ungarn das faschistisch-kapitalistische Regime zu restaurieren.

Abschliessend sei ein interessantes Detail aus Kendes Buch (das übrigens einer deutschen Übersetzung bedürfen würde) zitiert. Neutralität ist ein Schlagwort, das die Kommunisten gerne im *westlichen Ausland* als Kampfparole verwenden. Wie denken sie jedoch darüber in Wirklichkeit? Dort, wo der ungarische Journalist über österreichische Neutralität im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag von 1955 schreibt, tut er seine Meinung (und diejenige seiner Partei) offen kund: «Die Neutralität bedeutet selbstverständlich keineswegs eine Neutralität bezüglich der Kampffronten der Weltanschauungen und Gesellschaftssysteme, da beide Länder (Österreich und die Schweiz – Anm. d. Verf.) auf der Plattform der kapitalistischen Länder stehen und sich somit im Lager der Gegner der sozialistischen Staaten befinden» (S. 268).

Peter Gosztony

[1] B. N. Ponomarew, A. A. Gromyko, V. M. Chwostow, Geschichte der sowjetischen Aussenpolitik 1945 bis 1970. Staatsverlag der DDR, Berlin-Ost 1971. – [2] Walentin Bereshkow, Teheran 1943. Nowosti, Moskau 1971. – [3] Endre Sik, Bem rakparti évek. Kossuth Kiadó, Budapest 1970. – [4] István Kende, Forró béke – hideg háboru, 1945–1956. Kossuth Kiadó, Budapest 1970.

ENTWICKLUNGSPROBLEME IM SPIEGEL EINER SCHRIFTENREIHE

Die Literatur über Entwicklungsländer, Entwicklungsfragen und Entwicklungsanstrengungen ist zu einem Urwald angewachsen, der nicht nur in seinem eigenen Schatten steht, sondern über den sich mittlerweile auch allerhand

Wolken des Zweifels zusammengezogen haben. Wird es je möglich sein, dem Geheimnis der Entwicklung nicht bloss hinterher, sondern als Arcanum gegenwärtigen, auf die Zukunft gerichteten Bemühens auf die Spur zu kommen? Ist Entwicklung, so wie sie jetzt versucht und betrieben wird, überhaupt möglich und sinnvoll? Welches werden die Folgen des unaufhaltsamen Übergangs der hochindustrialisierten und in diesem Sinne hochentwickelten Gesellschaften zu nicht expansiven Formen der Gütererzeugung und der Güterbewegung für jene Länder sein, die man Entwicklungsländer nennt?

Seit einigen Jahren gibt das Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum die Reihe «Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik» heraus. Sie besteht aus Monographien und Sammelbänden und bietet höchst willkommene Zugänge zu diesem verwirrenden Komplex (Bertelsmann Universitätsverlag).

Auf Geber- und Nehmerseite: mangelnde Koordination

Einer der Sammelbände vereinigt unter dem Titel «*Kooperative Entwicklungshilfe*» die Referate eines im Januar 1968 abgehaltenen Symposiums über «deutsche und amerikanische Bemühungen beim Aufbau der Entwicklungsländer» (Band 6, Bielefeld 1969). Die Veranstaltung war als eine Art Zwischenbilanz der Entwicklungsbemühungen gedacht, wobei aufgrund des Informationsaustausches über Konzeption und Organisation, Schwerpunktbereiche und gewichtige Einzelprojekte sowie Aufgaben der wissenschaftlichen Forschung und Lehre versucht wurde, gewisse Kriterien und Richtlinien für die Zukunft zu gewinnen. Diese Arbeitsergebnisse sind von *Hans Besters* (dem Herausgeber des Bandes und einem der Direktoren des Instituts) in drei Punkten zusammengefasst worden. Im ersten wird die «Notwendigkeit einer Kooperation in des Wortes umfassender Bedeutung» als das «Gebot der Stunde» in einer Form präsentiert, die näher bei einem Inventar frommer Wünsche als einem realisierbaren Programm liegt. Man muss sich darüber im klaren sein, dass die Koordination von aussen, von seiten der Geber, an die hier vor allem gedacht wurde, die mangelnde oder unzureichende eigene Gestaltungskraft der empfangenden Länder ersetzen soll. Das wird aber kaum je wirklich möglich sein, weil ja auch die von Fall zu Fall wechselnden Kollektive von Gebern nicht über das Organ einer entscheidungsfähigen Willensbildung verfügen, sondern ihrer Struktur nach genau so tribalistisch sind wie etwa ein afrikanischer Staat. Eine besondere Erschwerung liegt darin, dass die politisierten und bürokratisierten internationalen und nationalen Grossorganisationen am wenigstens koordinationsfähig sind.

Diese Erscheinung unterstreicht ganz besonders eine der Feststellungen, die im zweiten Punkt unter dem Stichwort «Hilfe zur Selbsthilfe» zusammengefasst werden: dass nämlich «die wirtschaftliche Entwicklung so eng mit den politischen Verhältnissen verzahnt ist, dass man sich einen Fortschritt ohne gefestigtes Staatsgefüge kaum vorstellen kann»; eine Einsicht, die dann allerdings die meist unreflektierte Zurückführung des «Entwicklungsziels auf

ökonomische Kategorien» entscheidend relativiert. Die alte Frage nach dem Primat von Henne oder Ei stiehlt sich auch hier ein, und wenn am Ende des Abschnittes über das «Ziel der Entwicklungsbemühungen» bemerkt wird: «Soll der Entwicklungsprozess beschleunigt werden, so setzt das voraus», dass die ausserökonomischen «Faktoren entwicklungskonform umgestaltet werden», dann ist man versucht als Schutzpatron der Entwicklung den Freiherrn von Münchhausen zu empfehlen, der sich am eigenen Zopf aus dem Sumpf zog.

Im dritten Punkt werden «Vorurteile und Ideologien als Belastung der Entwicklungsbemühungen» in ihren vielfältigen Erscheinungsformen – vom «Fass ohne Boden» bis zum «Neokolonialismus» – gestreift. Das interessanteste Problem ist sicher die «Wiederbelebung alter Ideologien» nicht etwa nur in Entwicklungsländern, sondern auch, was der Text Besters zu wenig klar zum Ausdruck bringt, in den Ländern der westlichen Wohlstandsgesellschaft.

Soviel Unsinn dabei auch produziert wird, so steckt hinter dieser Gleichzeitigkeit des Rückgriffs auf historische Ideenarsenale mehr Problemsubstanz, als dass man sie wie Besters mit der martialischen Frage rhetorisch erledigen kann, «was wohl angekränkelte Intellektuelle, die mangelnde Fachkenntnisse durch politische Parolen nur notdürftig zu überdecken vermögen, ausser unfruchtbaren Diskussionen zu Wege bringen würden, wenn sie im afrikanischen Urwald oder auf dem afghanischen Hochplateau – auf sich allein gestellt und mit der Subsistenzwirtschaft der Eingeborenen konfrontiert – als Entwicklungshelfer harte Arbeit verrichten müssten».

Hemmnisse der Handelspolitik

Vier von den vorliegenden Bänden sind Monographien, die Variationen wirtschaftspolitischer Zentralprobleme der industriellen Welt in Entwicklungsländern darstellen:

Dieter Jaeger untersucht in seiner Studie «Handelspolitik als Entwicklungspolitik» (Band 2, Bielefeld 1962) die klassische Frage, «ob die Eingliederung eines Landes in den internationalen Handel seinen Wohlstand mehren oder zu seiner Verelendung führen wird» (H. Besters), in ihrer heute aktuellen Form. Die Arbeit gliedert sich in einen analytischen und einen praktischen Teil. Im ersten untersucht Jaeger entwicklungstheoretische Einwände gegen die Freihandelslehre und die Tauglichkeit von Alternativen zur monokulturellen Exportstruktur der Entwicklungsländer und von Exportpräferenzen sowie Stabilisierungsmassnahmen für Rohstoffe zugunsten von Entwicklungsländern. Im praktischen Teil kommen Trends im Welthandel und konkrete Massnahmen zum Abbau von Handelshemmnissen, zur Diversifikation der Exporte, zur Verwirklichung von Präferenzsystemen und Stabilisierungsmechanismen in ihrer Bedeutung für die Entwicklungsländer zur Sprache.

Jaeger gelangt zum Schluss, dass die unbefriedigende Eingliederung der Entwicklungsländer in den internationalen Handel, insbesondere ihre relativ sinkenden Exporte «nicht allein handelspolitisch beseitigt» werden können, weil das zentrale Problem: «die Übertragung der Gewinne aus dem Wachstum der Exportsektoren auf die Binnenwirtschaft», ein solches der «internen Entwicklungspolitik» ist.

Der Autor steht, ohne Eingriffe

überhaupt abzulehnen, allen Versuchen, den Entwicklungsländern durch ein Instrumentarium von Restriktionen, Präferenzen und Garantien unter die Arme zu greifen, äusserst skeptisch gegenüber. Er glaubt, dass «die Steigerung der Ausfuhr aus den Ländern der Dritten Welt und die Ausbreitung dieses Wachstums auf ihre Gesamtwirtschaft (...) im Verein mit der Diversifizierungspolitik am besten durch eine weltweite Öffnung der Märkte aller Handelsnationen erreicht» werden, wobei er noch einmal mit allem Nachdruck unterstreicht, dass «die dem modernen Wirtschaftsleben abträglichen sozio-kulturellen Gegebenheiten die Hauptverantwortung tragen für die schlechte Ausnutzung der Produktionsfaktoren und die mangelnde Funktionsfähigkeit des Preissystems, die die wirtschaftliche Entwicklung hemmen»: «Wo das traditionelle System, das Leben von der Hand in den Mund, schlechte oder korrupte Administrationen nicht geändert werden, kann auch der grösste Exportstimulus nicht entwicklungswirksam werden.»

Freiheitliche Wirtschaftsordnung oder Planwirtschaft?

Die Studien von *Walter Krämer* «Kapitalflucht aus Entwicklungsländern» (Band 4, Bielefeld 1969) und von *Jan-Peter Wülbern* «Zur Frage einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung in Entwicklungsländern» (Band 7, Düsseldorf 1970) sind der Arbeit von Jaeger darin verwandt, dass sie ordnungspolitisch liberale Auffassungen vertreten und immer wieder die entscheidende Bedeutung der politischen Grundhaltung der Entwicklungsländer betonen.

Krämer, der seine Studie als «Beitrag zur theoretischen und empirischen Diagnose» bezeichnet, untersucht in einem ersten Teil die bisherigen Begriffsbestimmungen (Kapitalflucht als illegaler, als sicherheitsmotivierter, als zinsorientierter, als risikobedingter Kapitalexport beziehungsweise -strom) und gelangt über eine Analyse der Kriterien der Kapitalflucht in bezug auf Gegenstand, Impuls und Träger zur Definition der Kapitalflucht als «autonome, private, zwischenstaatliche Kapitalbewegung, die ausgelöst wird durch das Auftreten eines Risikos, das von den gesellschaftlichen, staatlichen und politischen Rahmenbedingungen des Exportlandes ausgeht». Diese Formel ist im Kern zweifellos zutreffend, scheint aber sprachlich an einigen Punkten ungenügend abgesichert. Statt «zwischenstaatlich» und «Exportland» wären wohl besser «grenzüberschreitend» und «Herkunftsland» zu setzen; das auslösende Moment ist nicht immer das Auftreten eines objektiven Risikos, sondern in vielen Fällen die subjektive Interpretation von Sachverhalten und Trends als Risiko.

In einem zweiten Teil befasst sich Krämer mit den Hauptursachen der Kapitalflucht, die er im wesentlichen in unzureichender Sicherung des Privateigentums, Inflation und Devisenbewirtschaftung sieht, und geht dann im dritten Teil anhand eines von ihm entworfenen Modells zur quantitativ-statistischen Ermittlung von Fluchtkapitalbewegungen über, die «auf der Interpretation der Stellung und relativen Höhe der Restposten in der Zahlungsbilanz» basiert. Damit ist es möglich, auch «Fluchtkapital von geringer absoluter Höhe» zu erfassen und frühzeitig den dahinter stehenden Ursachenfaktoren

nachzuforschen und therapeutische Massnahmen zu erwägen.

Für Krämer ist Kapitalflucht «ein Symptom für ungelöste Grundprobleme gesellschaftlicher Ordnung», ein ökonomisches Indiz für ausserökonomische Entwicklungshemmnisse». Deshalb vertritt er auch in seinem abschliessenden Exkurs über die Bekämpfung der Kapitalflucht Postulate einer frontalen Ursachentherapie gegenüber evasivem «Kurieren am Symptom», das er «als nutzlos und unter Umständen die Ursachen verstärkend» ablehnt. Hier denkt Krämer vor allem daran, dass dieselben Rahmenrisiken, welche Kapitalflucht auslösen, gleichzeitig auch Kapitalzuflüsse abschrecken. Krämer übersieht natürlich die enormen praktischen Schwierigkeiten dieses Ansatzes nicht, aber er betont ihn, um die beschränkte, wenn nicht gar kontraproduktive Wirkung dirigistischer Massnahmen zu unterstreichen. Er bewegt sich dabei ausserhalb der Spezifika der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern; seine Darlegungen sind gerade auch im Hinblick auf Kapitalfluchtprobleme zwischen hochentwickelten Industrieländern sehr bedenkenswert. Dass nicht nur Entwicklungsländer dazu neigen, das Heil in der relativ bequemen Bekämpfung von Symptomen zu suchen, zeigt das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, dessen längerfristige Wirkung als Folge einer rein symptomorientierten Konzeption vermutlich im blossen bitteren Nachgeschmack eines nutzlosen Souveränitätskonsums bestehen wird.

Die Studie von *Jan-Peter Wülbern* «Zur Frage einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung in Entwicklungsländern» unternimmt es, die zentrale Bedeutung der Wettbewerbsordnung zu begründen gegenüber der weithin praktizierten These vom «Staat als universalem Entwicklungsorgan» (R. F. Behrendt) und der vorherrschenden Neigung, das Interesse ganz auf konkrete Strategien zu richten und damit die Entwicklung dem Gesetz eines (letzten Endes imaginären) Zeitdrucks auszuliefern.

Wülbern ist sich im klaren darüber, dass die ordnungspolitische Alternative zwischen Zentralverwaltungswirtschaft und Wettbewerbswirtschaft «für alle die Länder, die sich noch am Anfang der ökonomischen und soziokulturellen Entwicklung befinden, weitgehend lediglich theoretischer Natur» sind, weil es ihnen «an entscheidenden Voraussetzungen fehlt, ohne die es nicht zur Realisierung gerade der Wettbewerbsfunktionen kommt, deretwegen die auf ihnen basierende Ordnung einer zentral geplanten und gelenkten gegenüber vorzuziehen ist». Er weist aber auf den entscheidenden Umstand hin, dass «die entwicklungsbedingten Hemmnisse als der Entwicklung schlechthin im Weg stehende Faktoren (...) nicht nur gegen die Realisierbarkeit einer marktwirtschaftlichen, sondern auch einer planwirtschaftlichen Ordnung sprechen» und die Entwicklungsländer vor dem Dilemma stehen, dass «weder ein auf dem Prinzip zentralstaatlicher Planung und Lenkung basierendes System noch eine auf dem Prinzip dezentraler Individualplanung beruhende Ordnung funktionsfähig erscheint», weil für beide das nötige Personal weitgehend fehlt.

Anhand der Beispiele von Pakistan und Taiwan illustriert Wülbern, dass es möglich ist – sei es durch bestimmte faktische Konstellationen, sei es durch bewusste Grundentscheidung –

in Entwicklungsländern verhältnismässig rasch zu einer ersten Schicht von Unternehmern zu gelangen und damit aus dem «Stadium weitgehender Entwicklungslosigkeit» herauszukommen.

Sobald aber ein solches Momentum gewonnen ist, dominieren «die ordnungspolitischen Hemmnisse gegenüber den entwicklungsbedingten». Da «erstere im Gegensatz zu letzteren eindeutig und kürzerfristig steuer- und revidierbar sind», enthält eine marktwirtschaftliche Orientierung, so die These von Wülbern, ein breiteres und beweglicheres Spektrum potentieller Entwicklungsimpulse.

Den Autoren Jaeger, Krämer und Wülbern geht es gemeinsam darum, die Anwendbarkeit und die Vorteile einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung auch für Entwicklungsländer anhand so wichtiger Fragen wie der Handelspolitik, der Kapitalflucht und der Wettbewerbsordnung darzulegen und auf die zentrale Bedeutung der entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen als langfristig nicht substituierbaren Aufgaben einzelstaatlicher Entscheidung hinzuweisen. Bei allem Verständnis für die Schwierigkeiten der Entwicklungsländer liegt so der Akzent deutlich auf einer Kritik jener Theoreme und Praktiken, welche die angestrebte Entwicklung planwirtschaftlich herbeiführen und interventionistisch absichern wollen.

Der sambische Industriearbeiter denkt anders

Ganz anderer Art ist die grosse Monographie von *Lars Clausen* über «Industrialisierung in Schwarzafrika», die auf einer «soziologischen Lotstudie zweier Grossbetriebe in Sambia» beruht (Band 3, Bielefeld 1968). Hier geht es um die kritische Untersuchung der Frage, ob wir «in der Übertragung von Normen und Verhaltensweisen der hochindustrialisierten Welt den einzigen erfolgversprechenden Weg» der Entwicklungsländer sehen dürfen. Den Kern der Arbeit von Clausen bildet die Untersuchung der afrikanischen Belegschaften eines Kupferbergwerks, einer Hütte, eines Hauptbahnhofs und zweier industrieller Verwaltungen darauf hin, was in ihren Curricula, Anschauungen und Verhaltensweisen mit der «Industrialisierung» in Beziehung steht. Clausen hat das Rohmaterial mit einem Fragebogen gesammelt und einmal im Hinblick auf die soziale Auslese und dann im Hinblick auf Merkmale der industriellen Orientierung untersucht.

Das grundsätzlich wichtige Ergebnis dieser Pionierarbeit ist die Erkenntnis, dass der in Europa und Nordamerika üblicherweise verwendete soziologische Industrialisierungsbegriff für Afrika nicht unbesehen übernommen werden kann. So fehlt etwa die «Verinnerlichung von Normen» zugunsten ihrer zweckrationalen Diskussion. Es ist klar, dass solche Unterschiede sich bei fortschreitender Entwicklung auch politisch artikulieren werden.

Nomadismus

Das letzte hier zu besprechende Buch besteht aus einem Dutzend Referaten eines interdisziplinären Symposiums über den «*Nomadismus als Entwicklungsproblem*» (Band 5, Bielefeld 1969). Untersucht wurden die Grundlagen des Nomadismus (geographisch,

ökologisch, historisch), seine Funktionen und Formen, seine innere Struktur, sein Entwicklungspotential und seine Adaptionsfähigkeit, wobei vor allem die Verhältnisse in Afghanistan herangezogen wurden. Das Ergebnis ist eine höchst bemerkenswerte Verteidigung des Nomadismus vor oberflächlicher und eilfertiger Diskriminierung als eines Reliktes, das in die heutige Welt nicht mehr passt und dessen Existenz sich die modernen Eliten der betreffenden Länder oft als eines Makels schämen, den es raschmöglichst zu beseitigen gilt. Demgegenüber wurde festgestellt, dass der Nomadismus «eine in Jahrhunderten entstandene Wirtschafts- und Gesellschaftsform ist, angepasst an einen vorgegebenen Lebensraum, der bisher aufgrund seiner externen Bedingungen nur in dieser Form wirtschaftlich genutzt werden konnte». In Afghanistan, wo mit konventionellem Anbau nur etwa 10% der Gesamtfläche als Ackerboden bearbeitbar sind, ist das ganze übrige landwirtschaftliche Areal nur mit dieser «hochspezialisierten Form der Weidewirtschaft» zu nutzen.

Hier wird eine ordnungspolitische Randbedingung der Entwicklung sichtbar, an die man zunächst nicht denkt, wenn diese Vokabel gebraucht wird, obwohl oder vielleicht gerade weil sie ganz elementar ist: die unlösbare Bindung des Menschen an die Natur.

Werner G. Zimmermann

«AFRIKA KOMMT NICHT MIT LEEREN HÄNDEN»

Das jüngste Werk des Schweizer Afrikaforschers *Hans Jenny*, das sich auf die «Schwarzafrikaner» (vom zwölften nördlichen Breitengrad bis zu den Drakenbergen im östlichen Kapland) konzentriert, zeichnet sich wiederum aus durch hohen, klar und sachlich vermittelten Informationsgehalt, was, wie der Marburger Ordinarius Ernst Dammann im Geleitwort vermerkt, angesichts der noch immer geringen Breitenresonanz der Afrikanistik einerseits und ideologisch verzerrter Publikationen anderseits heute besonders nottut. – «Afrika kommt nicht mit leeren Händen»[1] – der Titel des Buchs markiert den grundsätzlichen Standort des Autors, der mit seiner Darstellung das aufzeigt, was bei der Dominanz rein ökonomischer Betrachtungsweisen bisher oft übergangen, von Kulturphilosophen wie Jean Gebser (auf den sich Jenny wiederholt beruft) und Psychologen wie C. G. Jung allerdings schon vor Jahrzehnten erkannt wurde: dass der Schwarze Kontinent nicht nur zur materiell hilfsbedürftigen Dritten Welt gehört, sondern seinerseits mit dem Gesamt seiner Daseinshaltung den Bevölkerungen von Industriestaaten geistige Sinngebungen vermitteln kann und in zunehmendem Mass sollte.

*

Im Jahrzehnt seit 1960 endete für 90%

aller Afrikaner die koloniale Vormundschaft. Der rasche Rückzug der weissen Mächte setzte die jungen Staaten Belastungsproben aus, die, in der Euphorie der sechziger Jahre von keiner der beiden Seiten vorausgesehen, zu den Selbstzerfleischungen im Sudan und Kongo, in Nigeria führten. Jenny bietet im ersten Teil seines Buchs eine Bestandsaufnahme dessen, was sich jetzt lebenden Afrikanern als Erfahrung von «Rausch und Fluch der Freiheit» eingeprägt hat. Er geht aus von den dunklen Ursprüngen afrikanischer Geschichte, die unter der Vormundschaft der Weissen versinkt (wobei er die ethische Frage der kolonialen Sklaverei differenziert erwägt), und gelangt so zu den Kernproblemen des heutigen Afrika: der Konfrontation einer «entwicklungsbedürftigen» mit einer hochzivilisierten Welt, dem Konflikt zwischen Urbanisierung und Stammesdisziplin, dem Dilemma zwischen staatlicher Souveränität und extremer wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Im Mittelteil des Werks prüft der Autor die bisherigen Lösungsversuche und weist nach, dass vorläufig für eine Realisierung westlicher Demokratiemodelle die Voraussetzungen fehlen, dass anderseits einer wirksamen Ausbreitung des Kommunismus im afrikanischen Denken begründete Grenzen gesetzt sind. Wirtschaftspolitisch bedeutet dies, dass die afrikanischen Gemeinschaftsformen nach und nach durch moderne Organisationen wie Genossenschaften, Gewerkschaften, Korporationen, Dorfgemeinschaften usw. ersetzt werden müssen: «Das auf Gemeinschaftsbefriedigung ausgerichtete Sozial- und Wirtschaftsdenken steht im deutlichen Gegensatz zum privatwirtschaftlich individuellen Denken des Westens, aber auch – was oft übersehen wird – im Gegensatz zur Kommandowirtschaft des Ostens» (S. 154).

Zwischen kommunistischem Vernunftdenken, der Kanonisierung des marxistisch-leninistischen Diesseitsglaubens und der Religiösität des Schwarzafrikaners besteht fundamentale Unvereinbarkeit. Dies ist letztlich der Grund, weshalb die – mit China konkurrierende – sowjetrussische Entwicklungshilfepolitik, die auf breiter Basis von Stipendiengewährung über Diplomatie, Propaganda, materielle Hilfeleistung bis zu Waffenlieferungen reicht, nur beschränkt nachwirkt.

In einem sorgfältig abwägenden und mit Zahlen und Diagrammen erhärteten Kapitel werden die «Wünsche, Tatsachen und Utopien» westlicher Entwicklungshilfe dargestellt und der Versuch einer Entmythologisierung unternommen: «Die Produktivität einer Volkswirtschaft lässt sich nur mit harter Arbeit steigern. Wir können den unterentwickelten Völkern nur helfen, wenn es uns gelingt, sie davon zu überzeugen, dass vor allem eine Änderung der Mentalität erforderlich ist. Das Problem liegt also auch in einer psychologischen Wandlung als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Fortschritt» (S. 235).

*

Damit erfährt die Konfrontation zwischen Afrika und der industrialisierten Welt ihre notwendige Vertiefung. Das bisher Skizzierte ist gleichsam nur der eine Strang, der Jennys Werk durchzieht: Die politischen und sozioökonomischen Bedingtheiten Afrikas, die Ursachen des Zivilisationsgefälles zwischen Weiss und Schwarz lassen sich nur be-

greifen, wenn anthropologische Grundfragen geklärt sind. Der Verfasser unterzieht sich der heiklen Aufgabe, anhand von Toynbees Geschichtstheorie zwischen «Zivilisation» und «Kultur» zu differenzieren und damit die Unterschiede zwischen dem (gefährlich einseitig werdenden) mentalen Denken der Weissen und dem magischen der Afrikaner herauszuarbeiten. «Nicht die mangelnde Fähigkeit ist die Ursache des zivilisatorischen Rückstands, in welchem sich die Negervölker heute noch befinden. Das Zivilisationsgefälle entstand aus einer besonderen geographischen Lage, aus der Lebenseinstellung, aus den Beziehungen zur Umwelt einerseits und der Industrialisierung Europas andererseits (...) Eine archaische Lebensweise, die sich über Hunderte von Generationen fortsetzte, lässt sich nicht in wenigen Jahren abstreifen. Was Afrika daher für seine Weiterentwicklung braucht, ist Zeit, Geduld und Verständnis» (S. 104). Zivilisatorischer Hochmut ist hier fehl am Platz; anderseits werden die Afrikaner lernen müssen, ihre kulturellen Vorstellungen und Werte, die Funktionen ihrer traditionellen Gesellschaftsordnung mit zivilisatorischem Fortschritt zu verbinden und entsprechend zu modifizieren, nicht aber in gereizte Abwehrreaktionen und überhitzte Ansprüche zu verfallen. Zwei Politiker widerspiegeln die gegensätzlichen Möglichkeiten: Léopold Sédar Senghor und Kwame Nkrumah. Dass das schwarzafrikanische Grossreich, das der letztere anstrebte, sich in Zukunft bilden wird, bezweifelt der Verfasser angesichts der zwiespältigen OAU-Konferenzen der letzten Jahre mit gutem Recht. Er sieht die Aufgabe Afrikas nicht im Erringen einer künftigen Weltmachtstellung, sondern in der Suche nach Selbstidentifikation, in der komplizierten Harmonisierung von erschütternder Zivilisationserfahrung und unvorbereitet übernommener Staatsverantwortung mit der kulturellen Verwurzelung in der Schutzschicht utilitaristischer Stammesgemeinschaft und magisch-animistischer Ganzheitsvorstellung.

Auf diese Weise – und darin mündet der dritte Teil des Werks – kann Afrika klärend beitragen zum Dilemma der westlichen Welt, die sich zusehends von den natürlichen Ursprüngen entfernt und einer bloss materiellen Diesseitseuphorie verfällt, welche die Afrikaner eben jetzt in ihrer verheerenden Verabsolutierung zu spüren beginnen.

Roland Stiefel

[1] Hans Jenny, Afrika kommt nicht mit leeren Händen, Die Zivilisationskrise des schwarzen Mannes, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971.

POLITISCHES THEATER

Die Arbeit des Kritikers muss an sich nicht gerechtfertigt werden. Er tut sie, nehme ich an, nicht aus diesem oder jenem Grund oder weil man sie von ihm verlangt. Er schreibt, weil er ein Schriftsteller ist. Warum schreiben die Schriftsteller? Antworten auf diese abgedroschene Frage unzähliger Interviewer

liegen in jeder denkbaren Variante vor, weil sich einige der Befragten erfreulicherweise etwas Originelles dazu einfallen liessen. Nicht jeder Leser vermag sich offenbar mit der Tatsache abzufinden, dass es Leute gibt, die schreiben.

Was den Kritiker betrifft, so ist seine Funktion immerhin deutlicher als die manches Schriftstellers, womit im übrigen kein Werturteil ausgesprochen werden soll. Ich meine nur, jene Autoren, die Überblick über das Geschriebene haben, die Zusammenhänge zu erkennen vermögen und über Erinnerung und Erfahrung verfügen, sind in der Lage, vor offensichtlich falschen Meinungen zu warnen und das Gespräch vor allzu hahnebüchenen Urteilen zu bewahren. Ein Beispiel dafür ist *Siegfried Melchingers* Geschichte des politischen Theaters. Es handelt sich hier nicht um das Werk eines Gelehrten im elfenbeinernen Turm. Das Thema ist – wie Melchinger im ersten Satz der Vorrede erklärt – provokatorisch gestellt, und zwar soll sich die Behauptung, dass das politische Theater eine Geschichte habe, ausdrücklich gegen die verbreitete Meinung wenden, es sei eine Erfindung unserer Zeit. Die Nützlichkeit des Kritikers ist in diesem Fall klar erwiesen. Wir haben es erlebt und können es noch immer erleben, dass blutjunge Praktiker die gesamte Überlieferung und besonders die Klassiker des Theaters vom Tisch wischen wollen, weil ihnen die gesellschaftliche Relevanz fehle. Man müsse mit dem Theater, wie es bisher war, radikal aufräumen, meinen sie; denn Theater sei politisch zu verstehen und sonst nicht. Dem setzt Melchinger die These entgegen, dass politisches Theater eben so alt ist wie das Theater selbst, und er erklärt ferner, wer Politik im Theater und durch das Theater machen wolle, habe eine Vorentscheidung primär für das Theater und nicht primär für die Politik als seine Beschäftigung getroffen. Nicht an den politischen Thesen und Anschauungen wird man ihn messen, sondern an der Art und Qualität von Theater, die er macht.

Melchingers Buch ist aus Vorlesungen entstanden, die er 1970/71 an der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst in Stuttgart gehalten hat. Der Hinweis ist darum wichtig, weil er zeigt, dass dieses theatergeschichtliche Werk eine Auseinandersetzung mit aktuellen Strömungen und Parolen darstellt, und zwar die Auseinandersetzung eines Kritikers: eines Mannes, der Überblick, Erfahrung und Erinnerung in das Gespräch einzubringen hat. Die Darstellung reicht von Athen bis Berlin, genau genommen von 472 v. Chr. bis 1970. Politisches Theater ist darin so gut ein historisches Phänomen wie ein gegenwärtiges. Es geht Melchinger nicht darum, den Promotoren der engagierten Aussage von der Bühne herab den Wind aus den Segeln zu nehmen. Er will jedoch zeigen, dass Öffentlichkeit, Kritik an den Mächtigen, Redefreiheit, Widerspruch gegen herrschende Meinungen, das Durchspielen von Alternativen und der Denkanstoss an den Zuschauer so alt wie das Theater selbst sind und zu seiner Entfaltung und Existenz so unentbehrlich wie die Luft zum Atmen. Nur in einer Nebenbemerkung ganz am Schluss freilich fügt er auch hinzu, das Theater habe so gut wie nichts erreicht, seit es sich – zweieinhalb Jahrtausende lang – mit Politik befasse. Der Widerspruch erweist sich ihm als eine Konstante der Existenz, uns auferlegt, «sie nicht nur einzusehen, sondern die Konsequenz

daraus zu ziehen: Mässigung im Theater wie in der Politik».

Die Stationen des Durchgangs sind ergiebig genug. Er führt von den Griechen, besonders natürlich von der Aristophanischen Komödie, über die Spanier zu Shakespeare, er zeigt Corneille und Molière unter dem Gesichtspunkt des politischen Theaters, dann Weimar und seine Haltung gegenüber der Revolution, er berührt die Moderne in Paris, Berlin, London und Moskau und endet mit einem Rückblick auf die Gegenwart. Das Buch ist ein Beispiel dafür, wie unentbehrlich Kulturgeschichte ist, wenn sie nicht als Zelebration ihrer selbst betrieben wird: Sie bestärkt den Heutigen, sich die Freiheit zum Widerspruch zu nehmen. Sie bewahrt ihn davor, platter Propaganda ins Garn zu gehen. Sie bereichert und erweitert das aktuelle Gespräch durch den Dialog über Jahrhunderte hinweg. Siegfried Melchingers Geschichte des politischen Theaters ist ein glänzend geschriebener Beitrag zur gegenwärtigen Theaterdiskussion. Er war fällig.

Anton Krättli

[1] Siegfried Melchinger, Geschichte des politischen Theaters, Friedrich-Verlag, Velber 1971.

HINWEISE

Sowjetische Aussenpolitik

Gegenüber den Anzeichen einer möglichen aussenpolitischen «Liberalisierung» im kommunistischen Machtbereich ist der Sammelband «Grundfragen sowjetischer Aussenpolitik» von Skepsis durchzogen: *Boris Meissner* verweist auf die ungebrochene Existenz der drei Faktoren «Idee der Weltrevolution», «Nationalismus» und «Totalitarismus» und wertet namentlich den letzteren als grundsätzliches Hindernis einer wirklichen Entspannungspolitik. Im weiteren untersuchen *Gotthold Rhode* die russische Politik gegenüber Polen seit dem 18. Jahrhundert, *Gerhard Wettig* «Kontinuität und Wandel der russischen Deutschland-Politik 1815 bis 1969» und *Heinz Brahm* die russische Chinapolitik, die mit dem 17. Jahrhundert einsetzt. *Helmut Dahm* schliesslich geht neueren Entwicklungstendenzen in der Militärdoktrin der Sowjetunion und der Volksrepublik China nach (Hrsg. von Boris Meissner und Gotthold Rhode, Verlag Kohlhammer, Stuttgart).

Dritte Welt

Was in den Ländern der Dritten Welt geschieht und etwa mit dem Begriff der «Entwicklung» umschrieben wird, lässt sich viel treffender mit dem Konzept der «Modernisierung» erfassen. Dies ist der Ausgangspunkt der Studie von *John H. Kautsky:* «The Political Consequences of Modernization» (John Wiley & Sons, New York). Der Verfasser stellt darin in brillantem Diskurs die Probleme dar, die sich aus der Modernisierung traditionell orientierter Gesellschaften ergeben: Die soziale Schich-

tung wird in einer bestimmten Weise umgekrempelt, innere Interessenkonflikte und ideologische Polarisierungen entstehen, bestimmte (nämlich drei) Typen von Regimes entwickeln sich. Schliesslich folgt eine «zweite Welle» von Revolutionären, wobei sodann Tendenzen entfesselt werden, die zu einer Form von Faschismus führen.

*

In der vom Colloquium-Verlag, Berlin, herausgegebenen politischen Länderkunde-Reihe sind die Bändchen über Afrika und Lateinamerika in zweiter, völlig überarbeiteter Auflage erschienen. Was *Franz Ansprenger* über den Schwarzen Kontinent und das Autorenteam *Gerhard Maurer* und *Peter Molt* über Lateinamerika an geschichtlichen, politischen und sozioökonomischen Kurzdarstellungen bieten, darf als methodisch vorzügliche und zuverlässige Einführung in die Struktur und die gegenwärtigen Probleme der betreffenden Ländergruppen gelten und vermittelt die für jede sachgerechte Diskussion entwicklungspolitischer Fragen unerlässliche Basis. Wie üblich sind Karten, Diagramme und eine – beim Afrika-Bändchen erfreulich breite – Literaturübersicht beigefügt.

*

Der Sammelband «Politik in Lateinamerika», herausgegeben von *Klaus Lindenberg*, macht deutlich, wie verschieden die jeweiligen internen und externen Faktoren und Bedingungen südamerikanischer Politik sind. Die Schlussfolgerungen und Thesen der fünfzehn Beiträge zielen u. a. dahin, die Systemfunktion der einzelnen politischen Träger (beispielsweise von Militär und Kirche) von ihrer Effizienz her und nicht einzig aus der Sicht des westlichen Demokratiemodells zu begreifen – was gerade bei der Bewertung sozialreformerischer Aktivitäten zu einigen Begriffsverschiebungen führen muss. Im einzelnen befassen sich die Autoren mit Grundproblemen der politischen Systeme (Revolution, autoritäre Staatsideologie, repräsentative Demokratie), mit den Trägern der politischen Entwicklung (Militär, katholische Kirche, Castrismus, orthodoxer Kommunismus, Gewerkschaften) und den internationalen Faktoren der politischen Entwicklung wie der multilateralen Zusammenarbeit, den Beziehungen zur Sowjetunion und den USA, den Implikationen des privaten Auslandskapitals und der Entwicklungshilfe (Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover).

*

Kolumbien ist wie kaum ein anderes Land dazu geeignet, die Komplexität der internen Entwicklungsfinanzierung zu demonstrieren: Das Nebeneinander zahlreicher, oft konkurrierender staatlicher, halbstaatlicher und privater Finanzierungsinstitute und die Unübersichtlichkeit der Zuständigkeiten typisieren das Bild, das der Aussenstehende gemeinhin von der wirtschaftspolitischen Struktur in Ländern der Dritten Welt gewinnt. Es ist sehr verdienstvoll, dass *Manfred Nitsch* diese Problematik wissenschaftlich exakt und auch für Nicht-Ökonomen fassbar analysiert: «Entwicklungsfinanzierung in Lateinamerika – dargestellt am Beispiel Columbiens» (Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde Hamburg, Bd. 16, Klett Verlag, Stuttgart). Der Einblick in die Schwierigkeit für

das Aufbringen und sinnvolle Kanalisieren von Investitionsmitteln wird verstärkt durch eine im Anhang enthaltene Fallstudie über eine deutsche Industriebeteiligung in Kolumbien.

*

Die fundamentale Bedeutung von Infrastrukturinvestitionen in der Dritten Welt wird in der von *H. Attar, A. Ghanie Ghaussy* und *Egon Tuchtfeldt* verfassten Publikation «Verkehrsprobleme in Entwicklungsländern» aufgezeigt. Zwei grundsätzliche Beiträge befassen sich mit der Notwendigkeit einer verkehrsmässigen Erschliessung als Voraussetzung räumlicher Integration und diskutieren Prioritätsprobleme bei Verkehrsinvestitionen: Was in den alten Industriestaaten sukzessive und durch die Technik determiniert eingeführt worden ist (Eisenbahn, Dampfschiff, Auto, Flugzeug usw.), steht den Entwicklungsländern heute potentiell gleichermassen zur Verfügung; sie können je nach ihrem Entwicklungsstand zwischen Alternativen wählen, was bei zielgerechter Evaluation von erheblichem finanziellem Vorteil ist. In zwei parallelen Untersuchungen über Afghanistan und Iran, die bei vergleichbarer politischer und ethnisch-kultureller Struktur einen differenten verkehrsmässigen Entwicklungsgrad aufweisen, werden die theoretischen Erwägungen konkretisiert (Berner Beiträge zur Nationalökonomie, Bd. 16, Verlag Haupt, Bern und Stuttgart).

Tourismus

Wie heute gereist wird, wie gereist werden könnte und wo die beinahe vollmechanisierte Urlaubsindustrie durchbrochen werden müsste, stellt aufgrund eigener zurückgelegter Fahrkilometer (er war auch in der Schweiz) der in Westdeutschland lebende Rumäne *Dieter Schlesak* dar: «Geschäfte mit Odysseus – Zwischen Tourismus und engagiertem Reisen» ist ein antitouristisches Reisebuch, das für die sensible Erfahrung des Fremdländischen wirbt und in erträglicher Reisepädagogik den nach Süden sich bewegenden Touristen dazu anhält, über Naturschönheit, Archaik und Kunsthistorik die soziale Lage seiner kurzweiligen Umgebung nicht zu vergessen. Politische Veränderungen werden dadurch keine eingeleitet, jedoch mag die Lektüre dazu verhelfen, die Reiseerkenntnis über rasche Tempel- und Stierkampfbesuche hinaus etwas zu vertiefen (Hallwag Verlag, Bern und Stuttgart).

Geschichten

Marcel Reich-Ranicki hat zu verschiedenen Malen deutsche Geschichten in Anthologien herausgegeben. In veränderter Neuauflage ist einer seiner Bände, «Erfundene Wahrheit», nun als Sonderausgabe (bei R. Piper & Co., München) erschienen: ein Buch, das Geschichten von 1945 bis 1960 vereinigt, von Heinrich Mann bis Ingeborg Bachmann und von Alfred Döblin bis Jürg Federspiel. Wer die Texte im Zuge durchliest, wer vergleicht und unterscheidet, hat ein Vierteljahrhundert deutscher Literatur im Blickfeld, jenseits der Parolen und Schlagworte, in authentischen Beispielen.

*

Keine Geschichte, aber ein Bericht, der in manchen Teilen wie «erfundene Wahrheit» anmutet, ist das «Tagebuch meiner Reise nach dem Morgenlande

1869», verfasst von *Kronprinz Friedrich Wilhelm*. Exkursionen auf dem Nil, Besuch in Bazars von Damaskus, versuchtes Inkognito des hohen Herrn; man liest es mit Vergnügen und könnte es gut und gern für «erfundene Wahrheit» halten (Propyläen-Verlag, Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1971).

*

Als einmalige Sonderausgabe («Die Bücher der neunzehn») sind in zwei Bänden die «Märchen und Sagen» von *Johann Karl August Musäus* erschienen. Musäus ist der Märchenerzähler der Aufklärung. Nicht kindertümlich und romantisch-stimmungsvoll, sondern klug und lehrreich erzählt er seine wunderbaren und ausserordentlichen Geschichten. Wer wissen will, wie Ende des 18. Jahrhunderts in Deutschland Märchen klangen, der muss zu Johann Karl August Musäus gehen. Die zweibändige Sonderausgabe – mit Nachwort und Anmerkungen von Hans Marquart herausgegeben – ist von Josef Hegenbarth illustriert worden (Kösel-Verlag, München 1972).

Aufsätze

Der stattliche Band «Die Verurteilung des Sokrates» von *Otto Flake* enthält 26 biographische Essays, welche hauptsächlich deutschen und französischen Schriftstellern (Lessing, Büchner, Heine, Nietzsche, J. Burckhardt, La Bruyère, Diderot, Mirabeau, Constant, Stendhal, Flaubert, Dumas, Claudel u.a.m.), aber auch Sokrates, Pirkheimer, Shakespeare und Kaspar Hauser gelten. Den Schluss bilden zwei autobiographische Texte, welche von der Unerbittlichkeit des Altwerdens und der bitteren Resignation des Vergessenen und Übergangenen Zeugnis ablegen. Die von seinem Künder Rolf Hochhuth (zusammen mit F. Gröbli) getroffene Auswahl sucht das Unrecht, das einem vielgelesenen Autor nach 1945 angetan wurde, gutzumachen. Ob diese löbliche Absicht mit diesem Buch erreicht wird, bleibt abzuwarten (Veröffentlichungen der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung, Darmstadt, Verlag L. Schneider, Heidelberg 1970).